

Veranstungsbericht

Podiumsdiskussion: Vergangenheit mit Zukunft? Die Aufarbeitung der SED-Diktatur – Bilanz und Perspektiven

04. Juli 2016 | 11-15 Uhr | Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Kronenstraße 5, 10117 Berlin

Die Vorschläge der Expertenkommission des Deutschen Bundestages zur Zukunft der Stasiunterlagenbehörde haben eine neue Diskussion über den Sinn und Nutzen der Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur in Deutschland ausgelöst. Diese Debatte bezieht sich auch auf die Aufarbeitungsinstitutionen und fragt nach ihrem Einfluss auf die deutsche Vereinigungsgesellschaft.

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur nahm die Veröffentlichung der Empfehlungen zum Anlass, Bilanz zu ziehen und neue Perspektiven aufzuzeigen. In fünf Podiumsgesprächen diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Opfernverbänden, Wissenschaft und Politik über Aufarbeitung und Opfergedenken, Erinnerungskultur und Gedenkstätten sowie schulische und außerschulische Bildung.

Im Verlauf der Veranstaltung kristallisierten sich drei Schwerpunktthemen deutlich heraus: Zunächst debattierten die Experten intensiv über die Empfehlungen der Kommission des Deutschen Bundestages zur Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Der Bundesbeauftragte Roland Jahn wies auf den großen Reformbedarf seiner Behörde hin. Er verurteilte die Verunsicherung der Öffentlichkeit, die im Zuge der Debatte stattgefunden habe, und forderte dazu auf, die drängenden Fragen endlich konstruktiv zu diskutieren: „Was hilft den Opfern? Wie können wir ein modernes Archiv erstellen? Wie können wir Forschung bestmöglich gestalten?“ .

Mit Blick auf die bisherige Entwicklung der Stasiunterlagenbehörde ging der Publizist und Sozialdemokrat Stephan Hilsberg mit den handelnden Politikern scharf ins Gericht. Zu lange hätten deren „politische Weichenstellungen diametral zur Aufarbeitung“ gestanden. Eine „Entsolidarisierung innerhalb der Gedenkstättenlandschaft“ sei die Folge gewesen. Jahn griff diesen Punkt auf, indem er die fehlende Planungssicherheit kritisierte, mit der seine Behörde seit Jahren zu kämpfen habe. Investitionen seien kaum möglich. Allein die im Jahr 2015 eingereichten 60.000 Anträge auf persönliche Einsichtnahme zeigten aber, dass „der Bedarf da ist.“

Auch im Publikum fand das Thema große Resonanz. Viele Zuhörerinnen und Zuhörer reagierten skeptisch auf den Vorschlag, die Stasi-Unterlagen dem Bundesarchiv zu übergeben. Dr. Michael Hollmann, Präsident des Bundesarchivs, entschärfte die Bedenken: „Nur weil die Unterlagen im Bundesarchiv liegen, gilt nicht unweigerlich das Bundesarchivgesetz. Der Gesetzgeber legt die Definition für den Aktentypus fest.“ Das gelte auch für die Akten des Ministeriums für Staatssicherheit. Über die Fragen der Zugänglichkeit zu den Unterlagen und den Schutz der Persönlichkeitsrechte müsse selbstverständlich neu verhandelt werden.

Darüber hinaus wurde über die Frage nach dem Umgang und der Vermittlung von DDR-Geschichte in Gegenwart und Zukunft diskutiert. Dr. Jens Hüttmann, Leiter des Arbeitsbereichs schulische Bildungsarbeit der Bundesstiftung Aufarbeitung, zog eine positive Bilanz der bisherigen Arbeit. Die Bundesstiftung Aufarbeitung verzeichne ein enormes Interesse an ihren Bildungsangeboten. Vor allem Angebote mit Gegenwartsbezug seien stark nachgefragt. Hüttmann stellte dazu fest:

„Historisches Lernen ohne Gegenwartsorientierung läuft ins Leere.“ Deshalb solle sich die politische Bildung verstärkt darauf konzentrieren, die Systemunterschiede herauszuarbeiten und die Mechanismen von Diktaturen für nachfolgende Generationen freizulegen. Nur so könne es gelingen, die DDR-Geschichte an „die existenziellen Fragen unserer Krise der Gegenwart“ anzuschließen.

Dr. Peter Wurschi, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Ettersberg und Mitglied der Expertenkommission, warnte in diesem Zusammenhang davor, die Aufarbeitung der SED-Diktatur bestimmten Kreisen zu überlassen. Noch immer werde unzulässigerweise „Aufarbeitung als ein ostdeutsches Phänomen wahrgenommen“. Er empfahl, diesen Befund zum Anlass zu nehmen, darüber nachzudenken, wie die Geschichte der DDR auch bayrischen Schülern nahegebracht werden könne. Diese seien – anders als 16-Jährige auf dem Gebiet der ehemaligen DDR – von diesem Thema „emotional unberührt“.

Der dritte Schwerpunkt der Veranstaltung schloss an Wurschis Bemerkung an. Die Podiumsteilnehmer fragten nach den möglichen und notwendigen Unterschieden von Aufarbeitung, politischer Bildung und wissenschaftlicher Forschung. Der gesetzliche Auftrag der Bundestiftung Aufarbeitung betone die Erinnerung an die Opfer der Diktatur und das Unrecht, das ihnen widerfahren ist, so die Geschäftsführerin der Stiftung, Dr. Anna Kaminsky. Hingegen versuche die politische Bildung, jungen Menschen Instrumente in die Hände zu legen, mit Hilfe derer sie die Multiperspektivität historischer Quellen und ihre Bezüge zur Gegenwart erfassen könnten, erklärte Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung.

Eine ZuhörerIn griff Krügers Argument auf und unterstrich noch einmal, dass eine Hinwendung zur Vergangenheit in der Regel darauf abziele, Probleme der Gegenwart zu verstehen. Es sei daher wichtig, strukturelle Fragen zu stellen. Dr. Wolfgang Thierse (SPD) widersprach dieser Position. „Der Misserfolg des Geschichtsunterrichts in Deutschland beruhe auf diesem Konzept“, konstatierte er. Tatsächlich sei es sinnvoller, unter politischer Bildung die Übermittlung „historischer Erfahrung zu verstehen, damit sie in der Gegenwart anwendbar ist.“

Für die wissenschaftliche Forschung hingegen dürften weder normative, noch moralische Grundsätze maßgebend sein, betonte Dr. Ulrich Mählert, Leiter des Arbeitsbereichs Wissenschaft und Internationale Zusammenarbeit der Bundestiftung Aufarbeitung. Es könne nicht erwartet werden, dass sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler für das Thema zu interessieren hätten. Nichtsdestotrotz müsse auch in der Forschung ein Umdenken stattfinden. Wenn das öffentliche Interesse am Thema DDR nachlasse, wird es erforderlich sein, nach neuen Perspektiven zu suchen. Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler sollten den Mut haben, die Logiken des Kalten Krieges aufzubrechen beziehungsweise diese endgültig zu historisieren. Es sei an der Zeit, die Krise der europäischen Friedenspolitik als Ausgangssituation für den gegenwärtigen Umbruch zu begreifen, erläuterte Dr. Jens Gieseke vom Zentrum für Zeithistorische Forschung und schloss damit wieder an die Fragen der Aufarbeitung und politischen Bildung an. In der Diskussion wurde somit deutlich, dass sich die besprochenen Themen in der Praxis kaum trennscharf voneinander unterscheiden lassen und stattdessen miteinander verflochten sind. Wie damit künftig umgegangen wird, muss weiter diskutiert werden.

Die Debatte zusammenfassend rief Wurschi abschließend dazu auf, „Diskursfähigkeit als Gewinn zu artikulieren“. Hollmann ging noch einen Schritt weiter. Er ermunterte dazu, gerade die Aufarbeitung nicht „nur unter dem Nützlichkeitsaspekt zu sehen“. In gleichem Maße ginge es um Identitätsfragen. Er sei der festen Überzeugung, dass „wir uns keine Gedanken darüber machen müssen, ob

Aufarbeitung weitergeht.“ Denn „Menschen fragen nach ihrer eigenen Geschichte. Sie wollen wissen:
Was passiert, wenn ich grabe, wo ich stehe?“

Maria Neumann